

Die zollpolitischen Prioritäten der französischen EU-Ratspräsidentschaft

(1. Juli 2008 – 31. Dezember 2008)

„Zeitgemäße Zollpolitik“

Seit dem 1. Juli 2008 hat Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Es löst damit Slowenien in dieser Funktion ab und bereitet den Weg für die Ratspräsidentschaft der Tschechischen Republik vor. Das Programm der französischen Ratspräsidentschaft enthält mehrere Prioritäten für den Zoll, unter anderem besondere Veranstaltungen.

Eine abgesicherte Zukunft

Die französische EU-Ratspräsidentschaft möchte die Funktion des Binnenmarktes weiter verbessern und die begonnenen Projekte zur Modernisierung des Zolls fortsetzen.

Sie wird die Projekte zur Vereinfachung des Handels weiterführen und die Erklärung des Rates zur **zentralen Zollabwicklung** umsetzen, die bei Verhandlungen für den modernisierten Zollkodex verabschiedet wurde. Durch eine zentrale Zollabwicklung können Marktteilnehmer, die zuvor die Genehmigung dazu erhalten haben, ihre Güter elektronisch verzollen und die Zollgebühren am Unternehmensstandort entrichten, unabhängig davon, welche Mitgliedsstaaten von Ein- oder Ausfuhr, Transit oder Konsum dieser Güter betroffen sind. Die Mitgliedsstaaten streben eine Einigung über die Aufteilung der Einziehungs- und Vollstreckungskosten an, um diese Art der Verzollung weiter auszubauen.

Die französische Ratspräsidentschaft fördert weiterhin den Einsatz elektronischer Systeme für alle Zollverfahren, um den Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden der verschiedenen Mitgliedsstaaten sowie zwischen Zollbehörden und Marktteilnehmern zu verbessern.

Informationen zum 40. Jahrestag der EU-Zollunion sollen zu einem verbesserten Verständnis der Aufgaben der Zollbehörden beitragen und gemeinsame Werte auf europäischer Ebene erneut bestätigen. Aus diesen Bestrebungen entstand der vorgeschlagene Slogan „40 Jahre gemeinsames Engagement für Ihren Schutz“. Der 40. Jahrestag der EU-Zollunion fiel auf den 1. Juli 2008, den ersten Tag der französischen EU-Ratspräsidentschaft.

Im französischen Finanzministerium findet am 4. Juli 2008 eine symbolische Veranstaltung zur Feier dieses Jahrestages statt. Zu diesem Anlass werden die zukünftige Rolle des Zolls sowie die sicherheitstechnischen Herausforderungen

beleuchtet und die "Pariser Erklärung" verabschiedet. Darin geht es schwerpunktmäßig um die neuen Strategien, die die Zollbehörden entwickeln müssen, um sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

Gerechter Handel

Die Bekämpfung von Fälschungen wird einen Schwerpunkt der Zollpolitik der französischen EU-Ratspräsidentschaft darstellen. Frankreich schlägt einen Aktionsplan für den Zeitraum 2009-2011 vor. Dieser enthält 4 Hauptpunkte: Bekämpfung von Fälschungen, die die Gesundheit und Sicherheit der Konsumenten gefährden, Bekämpfung der Kriminalisierung von Fälschungen, Bekämpfung von Fälschungen im Internet und Bekämpfung der Globalisierung dieses Phänomens. Am 25. und 26. November findet in Paris für die Generaldirektoren der Zollbehörden ein Seminar auf hoher Ebene zur Bekämpfung von Fälschungen statt.

Zudem koordiniert die französische Ratspräsidentschaft die Position der Gemeinschaft, um die Ausarbeitung eines Protokolls über illegalen Tabakhandel zu ermöglichen. Initiator dieses Projekts ist die Weltgesundheitsorganisation, die an der Verabschiedung eines Rahmenübereinkommens zur Tabakkontrolle arbeitet. Die Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Weltgesundheitsorganisation, die vom 17. bis 21. November 2008 in Durban stattfindet, stellt einen Fortschritt für die Verhandlung eines ehrgeizigen Protokolls dar, das bis 2010 unterzeichnet werden soll.

Schließlich initiiert die französische Ratspräsidentschaft eine Reflexion zur Harmonisierung der Zollkontrollmethodologie, um eine gleichberechtigte Behandlung aller Marktteilnehmer bei Import-Zollverfahren sowie eine gleichwertige Effizienz aller europäischen Zollbehörden zu gewährleisten, insbesondere was Konformitätskontrollen von Industriegütern anbelangt.

Ein sicheres Europa

Die Teilnahme an gemeinsamen Zollaktionen oder ihre Organisation auf Ebene aller EU-Mitgliedsstaaten oder auf regionaler Ebene (insbesondere zur Bekämpfung schwerwiegender oder organisierter grenzüberschreitender Kriminalität) stellt eine der Prioritäten des Zollprogramms der französischen EU-Ratspräsidentschaft dar.

Durch die im Rahmen des Camdener zwischenstaatlichen Netzes der Vermögensabschöpfungsstellen (Camden Asset Recovery Interagency Network, CARIN) durchgeführten Arbeiten zur Identifikation und Beschlagnahmung illegaler Vermögensbestände kann eine internationale Zusammenarbeit entwickelt werden, um effiziente vermögensrechtliche Strafen zu gewährleisten. Die Hauptversammlung und zwei Arbeitssitzungen werden zwischen September und November 2008 in Zusammenarbeit mit der Polizei in Frankreich organisiert.

Ganz allgemein strebt Frankreich in diesem Bereich eine verstärkte Kooperation mit der Polizei an und nimmt aktiv an den Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene teil.